

## **UN-mandatierte Militäreinsätze**

### **einige grundsätzliche Überlegungen zu Legitimität und Sinn**

Zu ihrer Jahres-Mitgliederversammlung im April 1998 hatte die deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW) Prof. Andreas Buro eingeladen, einen der wichtigsten Wissenschaftler der deutschen Friedensbewegung. Buro unterschied in seinem Vortrag zwischen "Bellizisten" und "Pazifisten" in der Friedensbewegung, ohne damit auf nennenswerten Widerspruch zu stoßen. Er reflektierte damit nur die real existierende Situation, rechtfertigte er sich auf den Einwand, daß Bellizisten in der Friedensbewegung ein Widerspruch in sich seien. Das war weniger als ein Jahr vor Beginn der flächenmäßigen Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO - die ausdrücklich nicht-militärische Ziele wie Brücken und Fabriken einbezog, und "versehentlich" Ziele wie die chinesische Botschaft, Dörfer, Wohngebiete, Flüchtlingsstrecks und Krankenhäuser. Die dadurch verursachten unmittelbaren Schäden belaufen sich nach westlichen Schätzungen<sup>1</sup> (Bundeswehr-Uni München, EU, Weltbank) auf 36-90 Milliarden DM - und damit auf ein Vielfaches des gesamten Jahres-Bruttosozialproduktes des Landes: Schon vor der Bombardierung hatte es weniger als 20 Mrd. DM betragen und dürfte seither noch erheblich gefallen sein (offizielle Zahlen nicht verfügbar). Darin eingerechnet sind noch nicht die Folgeschäden der systematischen Infrastruktur-Zerstörung. Sie lassen sich nur erahnen aufgrund der Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit, die bereits Mitte der 90er-Jahre infolge der vom IWF erzwungenen "Struktur-anpassungsprogramme" erhebliche Ausmaße erreicht hatte, nach dem Krieg auf etwa 50%(!) gestiegen ist. Man/frau braucht keinE WissenschaftlerIn zu sein, um zu prognostizieren, daß in ein solches Land auf absehbare Zeit kein Frieden einkehren kann, und daß sich die Gesundheitssituation der Kinder wie der erwachsenen Bevölkerung binnen kurzem dramatisch verschlechtern wird.

Warum dies zu Beginn eines Artikel über UN-mandatierte Militäreinsätze, wo sich die UNO doch gerade gegen diese Intervention bis zuletzt gesperrt hatte? Und warum das Buro-Zitat, wo es damals doch um die Friedensbewegung und nicht um die UNO ging?

**Beispiel für einen UN-legitimierten Krieg** ist der Krieg gegen den Irak von 1991. Ob er mit der Resolution 678 durch die UNO wirklich MANDATIERT war, ist zwar bis heute umstritten<sup>2</sup>. Tatsache ist aber, daß die UNO die Akteure letztlich gewähren ließ. Das Beispiel des Irak läßt erahnen, welche Tragödie Jugoslawien noch vor sich hat: Im Irak hat die kriegsbedingte Infrastrukturzerstörung<sup>3</sup> bis heute über 1 Million Menschen das Leben gekostet, und einer noch weit größeren Zahl, vor allem Kindern, Gesundheit und Lebensperspektive. Zu schweigen von den psychologischen Auswirkungen bei zahllosen Menschen in den Nachbarländern des Irak, die einen Zusammenhang mit dem Krieg in Palästina/Israel ziehen: Das jahrelange Mit-Ansehen-Müssen von Demütigung, Leiden und Sterben der irakischen und palästinensischen Bevölkerung und die Ohnmacht gegenüber den westlichen Akteuren sind Nährboden für Enttäuschung, Wut, Haß, Fundamentalismus, Irrationalismus. Und wenn darüber hinaus der Eindruck entsteht, daß die Vereinten Nationen kein gleichberechtigter Bund aller Völker sind, sondern der verlängerte Arm der Großmächte und Wirtschaftsgiganten - also der selben Akteure -, projizieren sich diese Emotionen zunehmend auch auf die UNO. Es gilt hier, gut zu unterscheiden zwischen der Haltung der arabischen Regierungen und dem Empfinden der von ihnen regierten Menschen: Erstere interessieren sich vor allem für westliches Geld und Waffen gegen Öl. Letzere sehen, daß die UNO gut ist, um Krieg und mörderisches Embargo über mehr als zehn Jahre zu rechtfertigen - daß sie ungezählte Resolutionen gegen die zionistische Gewalt aber über Jahrzehnte ausnahmslos abschmettern läßt. Und oft nur mit einer einzigen Stimme: der der USA.

---

<sup>1</sup> nach jugoslawischen 360 Mrd.

<sup>2</sup> s. Deiseroth D, 1991: "Krieg im Namen der Vereinten Nationen?"

<sup>3</sup> deren Reparatur im Irak durch das nachfolgende Embargo verhindert wurde - Jugoslawien hat dafür kaum eigene Ressourcen für einen Wiederaufbau

**Dabei: Welche Alternative zur UNO gibt es** - im Zeitalter der Globalisierung, des immer engeren Zusammenrückens der Völker, der Abnahme der Autonomie Einzelner und ganzer Staaten, der wachsenden Macht "selbstmandatierter" internationaler Zusammenschlüsse (EU, NATO...), des unabsehbaren Machtzuwachses der wirtschaftlichen Akteure hinter diesen Blöcken, der sich nationaler Gesetzgebung entziehenden Multis?

### **Erinnern wir uns:**

Gegründet worden war die UNO 1945 aus der verheerenden Erfahrung zweier Weltkriege. In ihrer Charta steht deshalb das Friedensanliegen an erster Stelle, bereits in der Präambel nimmt es dominierenden Raum ein. Die UNO und ihre Charta sind gleichzeitig höchste Instanz und Maßstab des Völkerrechts - nicht austauschbarer Grundpfeiler und moralische Bezugsgröße von hoher Beständigkeit und Unabhängigkeit. Anders als eine Vielzahl internationaler Verträge und Vereinbarungen, die zwar im weiteren Sinn ebenfalls zum "Internationalen Recht" gezählt werden. Die aber weit stärker den Schwankungen von politischer Konjunktur und Zeitgeist unterliegen, weit willkürlicher sind und nicht annähernd den normativen Charakter haben, der zumindest im innerstaatlichen Bereich das Recht von x-beliebigen Verträgen unterscheidet und letztere dem Recht ausdrücklich unterstellt (ein rechtswidriger Vertrag ist unwirksam).

Diese Stärke des Völkerrechts impliziert zugleich eine Schwäche: nämlich immer nur kleinsten gemeinsamer Nenner zu sein. Das wird ihm häufig vorgeworfen: durch Überbewertung der Unverletzlichkeit der nationalen Souveränität Interventionen von außen gegen innerstaatliche Menschenrechtsverletzungen zu blockieren. Dies übersieht aber zweierlei:

Zum einen ist der behauptete Gegensatz zwischen Menschen- und Völkerrecht konstruiert. Abgesehen davon, daß die UNO-Charta hier keinen Widerspruch sieht - nicht indem sie die Menschenrechte ignorieren würde, sondern sie legt elementare Grundlagen für beides. Tatsächlich ein Widerspruch ist es, die Menschenrechte im Munde zu führen und gleichzeitig die Wahrung des Friedens geringzuschätzen - oder gar vorsätzlich Krieg zu beginnen. Dies mag vergessen, wer selbst nie Krieg am eigenen Leib erfahren hat. Dieser vielzitierte Satz: "Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst"... Ich weiß nicht, ob es überhaupt zu Kriegen käme, wenn sie nicht schon lange vorher gestorben wäre. Klar ist aber: Im Krieg sterben die Menschenrechte zuerst! Wie sollen sie angesichts übermächtiger Gewalten schützbar sein? In einem Zeitalter, in dem jeder neue Krieg - und seine Folgen - sich in immer höherem Maß gegen die Zivilbevölkerung richten? Dies war und ist im Irak so (das Embargo ist hinzuzurechnen!), und ist in Jugoslawien nicht anders.

**In Jugoslawien** war nur anders, daß sich die UNO gegen die NATO sperrte. Trotz ihrer Majorisierung durch diejenigen, die die Waffen und das Geld haben. Es gibt Stimmen, die sagen, daß die Konfrontation mit der UNO und mit dem Völkerrecht gewollt war: zum 50-jährigen Jubiläum der NATO und der Verabschiedung ihrer neuen Doktrin - und daß das tief in der Klemme befindliche Jugoslawien mit seiner vulnerablen multiethnischen Struktur und seiner überkommenen Ost-Orientierung zur Schaffung eines Präzedenzfalles gerade recht kam... Der US-Militärwissenschaftler Michael T. Klare<sup>4</sup> hierzu im April 1999: "... *Das Kosovo ist Opfer all dieser amerikanischen Anstrengungen, die unternommen wurden. Das heißt: Das Thema Kosovo kam in dem Moment auf die Tagesordnung, als Mister Clinton eine große Demonstration in Sachen neuer NATO-Strategie suchte. Das hätte sonstwo stattfinden können.*" Begonnen hatte die zugrundeliegende Debatte um die Ablösung des Völkerrechts durch NATO-"Selbstmandatierung", also das Recht des Stärkeren (wieso eigentlich "Recht"?), gleich nach dem Ende der Sowjetunion. Gegipfelt war sie bereits 1993 in einem geheimen US-Regierungsdokument mit dem Titel "With the United Nations whenever possible, without them when necessary?"...

---

<sup>4</sup> Professor am Hampshire College, Massachusetts

**Nach Palästina, Irak, Somalia und erneut Irak war es diesmal also nicht die UNO,** die den Krieg deckte oder gar mandatierte. Wer war es dann? Neben den eigentlichen NATO-Akteuren<sup>5</sup> vor allem zwei Faktoren:

- eine Klemme, bestehend aus zunehmender Verschlechterung der sozioökonomischen Lage Rest-Jugoslawiens einerseits und gewaltförmiger Eskalation im Kosovo andererseits - beides nicht nur nicht gelindert, sondern verursacht und geschürt (s.u.) durch die selben, die nun in Biedermannstracht antraten, die Menschenrechte herbeizubomben;
- die eingangs erwähnten "Bellizisten in der Friedensbewegung". Oder wie sonst ist dieser Begriff zu verstehen - wenn nicht diejenigen gemeint sind, die als Mitglieder und Umfeld von SPD und "Ökopaxen" diesen Krieg verhindert hätten, wenn er mit konservativer Rhetorik propagiert worden wäre?

Der 2. Faktor erscheint auf den ersten Blick spektakulärer. Zumindest zeigt er, daß es nicht nur die UNO ist, die zu Schlimmem mißbraucht wird. Vor allem aber sollte er uns zu gründlichem Nachdenken anregen, weil Einflußmöglichkeiten unsererseits hier naheliegen.

Der 1. Faktor ist trotzdem nicht weniger wichtig, wenn auch mit vollem Bauch und innerhalb streng gesicherter EU-Grenzen mühsamer nachvollziehbar. Dafür hat er grundsätzliche Bedeutung, weit über Jugoslawien hinaus. Einmal dahingestellt, daß noch bis unmittelbar vor Bombardierungsbeginn das Auswärtige Amt in seinen offiziellen Lageberichten genau die ethnische Verfolgung im Kosovo verneinte, die es just ab Bombardierungsbeginn zu deren Rechtfertigung öffentlich behauptete: Die Konfliktlage in Jugoslawien und besonders im Kosovo hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt über Jahre immer weiter zugespitzt. Wie kam das?

Spätestens seit den 80er-Jahren war das Land als kleiner unabhängiger Puffer zwischen den Blöcken wachsenden Begehrlichkeiten seitens verschiedener westlicher Parteien ausgesetzt:

- Politisch verfolgten die USA, gestützt auf Geheimdirektiven wie die NSDD 54 von 1982 und die NSDD 133 von 1984, vor allem eine Globalstrategie - mit dem Ziel, einen Brückenkopf für politische Umwälzung auf dem Balkan zu schaffen und ihn in den Weltmarkt zu reintegrieren. Heute unterhalten sie im Kosovo ihre größte Militärbasis in Südosteuropa. Während die BRD eher das direkte Ziel einer Hegemonie über den Balkan und einer D-Markisierung seiner Wirtschaft verfolgte, damit an alte Weltkriegsziele anknüpfte und mit der exilkroatischen Connection auch an alte Weltkriegs- bzw. Nazi-Verbündete<sup>6</sup>. Betrieben wurde dies mit verschiedenen Mitteln: rascher politischer Anerkennung entgegen allen Bedenken (hier eilte Deutschland voraus<sup>7</sup>), direkter Hilfe auf geheimdienstlicher Ebene<sup>8</sup>, internationaler Waffentransfers an die separatistischen Bewegungen in Milliarden-US\$-Größenordnung - zu einem Großteil aus Deutschland und mit Hilfe der deutschen Auslandsgeheimdienste am UN-Embargo vorbei.<sup>9</sup>
- Wirtschaftlich dominierten übergreifende Ziele: Da Jugoslawien als Blockfreies Land ohne den Weltmarkt immer weniger überlebensfähig war, benötigte es, um mit hochindustrialisierten Konkurrenten Schritt halten zu können, in zunehmendem Maß ausländisches Kapital. Hierdurch geriet es, wie zahlreiche Dritt-Welt-Länder zur selben Zeit, in die mörderische Schuldenfalle von IWF und Weltbank. Deren "Strukturanpassungsprogramme" verfolgten, rein faktisch gesehen, vor allem politische Ziele: Unterwerfung unter das Markt-dogma und Erhalt wirtschaftlicher Abhängigkeit. Sicher nicht jedoch die propagierte Stabilisierung der verschuldeten Volkswirtschaften. Oft sogar das Gegenteil. Und darüber hinaus durch Verarmung der Bevölkerung und den verordneten Abbau der staatlichen Bildungssysteme eine tiefgreifende Zerstörung der sozialen Infrastruktur der betroffenen Länder - mit nachfolgender Eskalation latenter Konflikte.

<sup>5</sup> deren sicher nicht ganz homogene Interessenlage noch an andere Stelle zu differenzieren wäre

<sup>6</sup> Schmidt-Eenboom E, 1995: "Der Schattenkrieger"

<sup>7</sup> mit Genscher als DEM Mann, der so etwas durchsetzen konnte - vgl. Fischer + Beer jetzt...

<sup>8</sup> Schmidt-Eenboom E, MONITOR, Hofbauer H 1999...

<sup>9</sup> Jane' Information Group, zit. n. Klein Th, Kampagne Aktuell 3-4/98 und am 05.04.99

Der Kanadier Michel Chossudovsky hat letzteren Zusammenhang in seiner soeben aktualisierten Untersuchung *"The Globalization of Poverty"*<sup>10</sup> ausführlich dargestellt und an zahlreichen Beispielen wie Ruanda oder Somalia analysiert. Die Urfassung des Jugoslawien-Kapitels (*"Dismantling Yugoslavia, Colonizing Bosnia"*) stammt von 1995/96 und wirkt gespenstisch, wie ein Vorgriff auf das Geschehen von 1999. Wenn wir uns z.B. einmal versuchen vorzustellen, was es bedeutet, wenn *"während er ersten neun Monate von 1990, im unmittelbaren Anschluß an die Installierung der IWF-Programme, ... 889 Firmen mit einer Gesamtbelegschaft von 525.000 Arbeitern in Konkurs [gingen und] die gesetzlichen Regelungen ... innerhalb zweier Jahre für über 600.000 Arbeiter zu Arbeitslosigkeit [führten], und das bei einer nur 2,7 Millionen starken industriellen Arbeiterschaft in ganz Jugoslawien. ..."*

Gespenstisch auch, daß trotz dieses sich zusammenbrauenden Unheils im deutschen Sprachraum hiervon nahezu niemand Notiz genommen hat. Debattiert wurde lieber über militärische versus zivile Intervention - auch in der Friedensbewegung.

Und für das Phänomen der genannten riesigen Waffenexporte gilt das in fast gleichem Maße. Dabei ist unschwer vorstellbar, welchen Effekt ein Waffentransfer von 660 Mio. US \$<sup>11</sup> in die Hände militanter Separatisten in einer so brisanten und vulnerablen Region hat. Eine Katastrophe kann eigentlich gar nicht ausbleiben.

### **Schlußfolgerungen:**

Auch wenn es zahlreiche Beispiele für Mißbrauch der UNO zur Bemäntelung von interessegeleiteten Militärinterventionen durch Großmächte und Bündnisse gibt, die wachsenden UNO-Verdruß erklären und ein Grund-Mißtrauen erforderlich machen:

Das Beispiel Jugoslawien zeigt, welche epochale Bedeutung dem Erhalt oder Nicht-Erhalt von UNO und Völkerrecht in unserer sich globalisierenden Weltgesellschaft beizumessen ist. Die nähere Betrachtung zeigt aber noch etwas anderes:

Die Hauptverantwortung für die wachsende Zahl von Konflikten in unserer heutigen Welt liegt nicht bei irgendwelchen Saddams, Ayatollahs und Milosevics, und zwar unabhängig davon, wie böse sie vermeintlich oder auch tatsächlich sind. Sondern sie liegt im eigenen Lager. Darüber hinaus sind es oft die eigenen Biedermänner, die wesentlich dazu beitragen, daß ihre Kontrahenten immer finsterer und böser werden.

Diese Erkenntnis verweist auf den einzigen Ansatz zur wirklichen Entschärfung von Konflikten: eine ehrliche Beschäftigung mit der eigenen Rolle und als Konsequenz daraus ein Weniger an Einmischung in andere Länder, nicht ein mehr an Intervention. Die immer zahlreicheren "Sachzwänge", die nur noch die Möglichkeit gewaltsamer Intervention zu belassen scheinen, müssen umgehend in ihren Ursachen untersucht und abgebaut werden. Gerade das Beispiel Jugoslawien zeigt, wieviel Spielraum hier ungenutzt ist.

Und an die Freunde in den eigenen Reihen gerichtet, die "Bellizisten in der Friedensbewegung" (die es per definitionem gar nicht gibt): Aus der notwendigen Rückbesinnung auf Völkerrecht und UNO zu schließen, die Friedensbewegung müsse dann auch UN-mandatierten Militärinterventionen zustimmen<sup>12</sup>, dieser Umkehrschluß geht fehl. Unter den beschriebenen heutigen Verhältnissen stellt sich diese Frage einfach nicht. Die Aufgabe der Friedensbewegung bleibt Frieden, nicht Krieg - heute mehr denn je!

*Christoph Krämer ist Arzt und war bis vor kurzem  
Koordinator des AK "Süd-Nord" von IPPNW Deutschland*

---

<sup>10</sup> Common Courage Press (USA) 2001, ISBN 1567512003 - Chossudovsky ist Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Universität von Ottawa

<sup>11</sup> lt. Jane's Information Group allein bis 1994 (s. Der Spiegel Nr. 32/94)

<sup>12</sup> wie vom PDS-Vorstand vergeblich von seiner Basis gefordert und von Prof. Massarrat, einem der ProtagonistInnen eines Bundestags-Untersuchungsausschusses zum Krieg von 1999, in einem Artikel für das IPPNW-Forum nahegelegt